

max

05. November 2013



„Dann bricht eine Revolution aus“ –
Alexander Wöll

– Bildungsdemo in Schwerin –



IMPRESSUM

moritz – Das Greifswalder Studentenmagazin

Rubenowstraße 2b, 17489 Greifswald

Telefon 03834-861759 Telefax 03834-861756

E-Mail magazin@moritz-medien.de

Chefredaktion Corinna Schlun (V.i.S.d.P.)

Mitwirkende Redakteure

Autorenkollektiv „Erster Streich“: Katrin Haubold, Anne Sammler,

Corinna Schlun, Simon Voigt

Layout & Gestaltung Katrin Haubold, Yasmin Müller, Corinna Schlun

Fotos Carsten Schönebeck, Simon Voigt

Titelbild Carsten Schönebeck

Druck Druckhaus Panzig

Herausgeber Studierendenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, vertreten durch das Studierendenparlament (StuPa), Friedrich-Loeffler-Straße 28, 17487 Greifswald

Redaktionsschluss 22. Oktober 2013

Die in Artikeln geäußerten Meinungen stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion überein. Alle Angaben sind ohne Gewähr.

Wer ist eigentlich dieser **max**?



max ist der kleine Bruder vom **moritz** und möchte ihm bei der Arbeit helfen. Dafür hat er sich jetzt auf den Weg gemacht um euch, liebe Leser, auf den neuesten Stand für die Demo am 5. November 2013 zu bringen.

An diesem Tag wollen sich die Studierenden aus ganz Mecklenburg-Vorpommern vor dem Schweriner Schloss versammeln, um dort für eine größere finanzielle Unterstützung des Bildungssektors – und damit einhergehend auch eine bessere Bildung – zu demonstrieren. Im Plenarsaal des Landtags sprechen währenddessen die Vertreter der Universitäten, Hochschulen und anderer Organisationen über das Haushaltsdefizit der Bildungseinrichtungen. Für mehr Geld werden dort unsere Rektorin Johanna Eleonore Weber, Professor Reiner Biffar, Dekan der Universitätsmedizin, und die Vorsitzende des Allgemeinen Studierenden Ausschusses Johanna Ehlers sprechen.

Wenn das Land keine weitere Förderung gibt, kann es im schlimmsten Fall zu Institutsschließungen kommen. Aber ist das für uns heute relevant? Wer sagt uns denn, dass es uns betrifft, wenn Institute geschlossen werden? Man bleibt durchschnittlich fünf Jahre in Greifswald. Viele von uns werden die vermeintlichen Institutsschließungen nicht mehr mitbekommen – doch ist das ein Grund zu Hause zu bleiben?

Schon 2010 hat gezeigt, dass es etwas bringt auf die Straßen zu gehen. Damals demonstrierten rund 500 Greifswalder Studenten, Dozenten und Bürger für den Erhalt der Lehramtsausbildung in Greifswald. Drei Jahre später studieren immer noch Lehramtsstudenten an unserer Universität. Demonstrationen können somit doch etwas erreichen. **max** wird sich auf jeden Fall zusammen mit seinem Bruder **moritz** auf den Weg nach Schwerin machen und sich die ganze Sache genauer ansehen.

Corinna Schlun

INHALT

Editorial	Seite 3
Ursachen des Hochschuldefizits	Seite 4
Was passiert am 5. November 2013?	Seite 6
Interview: Dekan Wöll	Seite 7
Kommentar: Organisation der Demo	Seite 8
Umfrage: Fahren Sie mit nach Schwerin?	Seite 10

Ursachen des Hochschuldefizits

Der Universität Greifswald fehlt Geld oder noch besser gesagt: wird sehr viel Geld fehlen. Denn in den kommenden Jahren ist die Ausfinanzierung der Universität nicht sicher. Im Frühjahr 2013 meldete das Rektorat einen Mehrbedarf von 1,5 Millionen Euro für dieses Jahr, 7,7 Millionen Euro für 2014 und 8,9 Millionen Euro für 2015 an. Zusammen sind das 18,1 Millionen Euro, die der Universität in zwei Jahren fehlen werden. Auch die Universität Rostock und die Hochschulen in Neubrandenburg, Stralsund, Wismar und Rostock brauchen mehr Geld. Landesweit sind es mindestens 32 Millionen Euro, die fehlen.

Vielseitige Gründe für die Defizite

Ein Hauptgrund sind die gestiegenen Energie- und Personalkosten. Die Gewerkschaft ver.di erhöhte

die Beitragskosten um ungefähr drei Prozent, das Land glied aber nur mit circa 1,5 Prozent des Etats an, wodurch ein Minus von 1,5 Prozent entstand. Im letzten Jahr wurden die Richtlinien zur Eingruppierung von Mitarbeitern überarbeitet, die knapp 300 Mitarbeiter betrifft. Zum einen fordert der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder, dass das Gehalt um 2,65 Prozent in diesem und 2,95 Prozent im nächsten Jahr steigt. Zum anderen müssen die Gehälter der Professoren laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts rückwirkend zum Januar 2013 angehoben werden. Auch die Energiepreise sind angewachsen. Die Universität muss durch die Ökostrom-Umlage weitere 200 000 Euro zahlen. Zudem ist die Energierechnung aus dem letzten Jahr noch vorhanden. Diese wurde zu niedrig berechnet und somit muss die Universität nun Nachzahlungen tätigen.

Remember, remember the Fifth of November – Woher kommt dieser Ausspruch?

Aufgrund der Verfolgung von Katholiken versuchten am 5. November 1605 der Engländer Guy Fawkes und seine Mitstreiter ein Attentat auf den englischen König und das Parlament zu verüben. Das konnte aber verhindert werden. Alle Täter fanden ein Jahr später den Tod durch Hängen, Ausweiden und Viertelteil oder Selbstmord. Heutzutage sind Guy Fawkes-Masken ein Symbol des Internetkollektivs Anonymous und der Occupy-Wall-Street-Bewegung.

Im Sommer wurde der Doppelhaushalt der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (MV) beschlossen. In diesem bekommen die Hochschulen acht Millionen Euro mehr für 2014 und neun Millionen Euro für 2015. Konkret für Greifswald bedeutet das: 1,9 Millionen Euro im Jahr 2014 und 2,2 Millionen Euro für 2015. Diese Summen reichen nicht annähernd aus, um die Finanzierung der Hochschulen langfristig zu sichern, denn abgedeckt wird jeweils nur ein Viertel der Forderungen. Es bleibt ein Restdefizit von 12,5 Millionen Euro für beide Jahre.

„Mit zwei blauen Augen aus der Sache herauskommen“

Im Senat kam die Befürchtung auf, dass Institute geschlossen werden könnten. Darauf entgegnete Rektorin Johanna Eleonore Weber, dass „es gelingen wird mit zwei blauen Augen aus der Sache herauszukommen.“ Die Universität würde auf niedrigstem Niveau gehalten. Der Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Professor Klaus Fesser, entgegnete, dass es nicht ausreiche, der Unterfinanzierung nur mit dem geplanten Nichtbesetzen von freien Stellen zu begegnen. Zu dieser Zeit stellte sich die Frage, wie hoch das tatsächliche Defizit wirklich sei, denn das Rek-

torat nannte niedrigere Zahlen. Inwieweit mit dem Bildungsministerium gepokert wurde, um mehr für die Universität herauszuholen, ist unklar.

Abschaffung des Kooperationsverbotes gescheitert

Eine Lösung des Problems, der man Anfang des Jahres noch sehr optimistisch gegenüber stand, war die Auflösung des Kooperationsverbotes. Dieses verbietet dem Bund in die Bildung einzugreifen oder zu investieren. Der Bund hätte das nötige Geld, um den unterfinanzierten Hochschulen zu helfen. Doch er darf das Geld nur projektbezogen, zum Beispiel bei Bauprojekten, in die Universitäten stecken. Während des Sommers wurde viel dafür getan, das Verbot aufzuheben. Die Greifswalder Studierendenschaft ist zum Beispiel dem Freien Zusammenschluss von Studentinnen-schaften und dem Bündnis „Bildung braucht...“ beigetreten. Beide setzen sich dafür ein, dass das Kooperationsverbot abgeschafft und die Studienbedingungen in Deutschland verbessert werden. Aber die Gesetzesänderung muss vom Bundestag und Bundesrat getätigt werden und diese befanden sich bekannterweise im Wahlkampf. Solange das Kooperationsverbot besteht, ist die Universität ganz auf das Land angewiesen.

Anne Sammler

Was am 5. November

08 Uhr Die Vollversammlung beginnt.

Greifswald, Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB)

08.30 Uhr Die Busse fahren ab. Gegen 11 Uhr erreichen sie Schwerin.

Greifswald, ZOB

09 Uhr Die öffentliche Anhörung des Finanzausschusses beginnt.

Schwerin, Schloss, Plenarsaal

09.15 Uhr Die Rektorin Johanna Eleonore Weber hält ihre Rede.

Schwerin, Schloss, Plenarsaal

14 Uhr Die Busse sind bereit – es geht zurück nach Greifswald.

Schwerin, Schloss

14.30 Uhr Eine Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Ausschusstagung beginnt.

Schwerin, Schloss

13 Uhr Und aus – die Demonstration wird aufgelöst.

Schwerin, Alter Markt

13 Uhr Die öffentliche Anhörung wird beendet.

Schwerin, Schloss, Plenarsaal

2013 passiert:

09.50 Uhr Der Dekan der Universitätsmedizin, Professor Reiner Biffar, äußert sich.

Schwerin, Schloss,
Plenarsaal

10 Uhr Die Demonstration beginnt mit dem Studenten aus Rostock und Wismar.

Schwerin, Haupt-
bahnhof

10 Uhr Johanna Ehlers, die Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses, spricht.

Schwerin, Schloss,
Plenarsaal

11.15 Uhr Die Abschlusskundgebungen beginnen.

Schwerin, Alter Markt

10.30 Uhr Vor dem Fridericanum findet eine Zwischenkundgebung statt.

Schwerin, Goethestraße

12.30 Uhr Die Demonstration geht so langsam dem Ende entgegen.

Schwerin, Alter Markt

11 Uhr Vor der Staatskanzlei gibt es einen weiteren Stopp.

Schwerin, Schlossstraße

DIES IST EIN VORLÄUFIGER ZEITPLAN. ÄNDERUNGEN SIND VORBEHALTEN.

Wir sind kein Entwicklungsland

Alexander Wöll, Dekan der Philosophischen Fakultät, im Gespräch:

Wie viel Geld muss 2014 im Personalhaushalt eingespart werden?

Einer meiner Dekankollegen hat ausgerechnet, dass eine Ausfinanzierung von nur 91 % unseres Personalhaushaltes an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät eine Streichung von 21 Mitarbeiterstellen nötig macht; in der Philosophischen Fakultät wären 16, in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät fünf und bei den Theologen zwei Stellen betroffen. Das sind dann insgesamt 44 Stellen, die gestrichen werden müssten. An der Universitätsmedizin sind es nochmal 30 Stellen. Für die Universitätsmedizin bedeutet dies, dass rund zehn Prozent weniger Stellen existieren. Bei uns wären es sogar nahezu 15 Prozent. Und das wären nur die Zahlen für 2014.

Wie würde sich die Einsparung auf die Philosophische Fakultät auswirken?

Die Philosophische Fakultät hat einen Personalhaushalt von ungefähr 9,9 Millionen Euro. Für das nächste Jahr hätte ich dann nur noch rund 8,9 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die staatlichen Verträge, die eine schnelle Kündigung der Mitarbeiter verhindern, müsste ich fast den kompletten Restbetrieb streichen, zum Beispiel Exkursionen, Hilfskräfte und Tutorien. Der erste Schritt wäre der sofortige Stopp der Neubesetzung von offenen Stellen. Das würde dazu führen, dass Pflichtveranstaltungen nicht mehr regulär angeboten werden können. Sie müssten durch billige Lehraufträge abgedeckt werden, die sowieso nicht gut vergütet und eine ziemliche Ausbeutung sind. Wir müssten aber die Lehraufträge enorm erhöhen und hoffen, dass es arme Menschen gibt, die sich so ausbeuten lassen. Das kann es nicht sein, wir sind ja kein afrikanisches oder lateinamerikanisches Entwicklungsland. Selbst dann würde es aber noch nicht

reichen, die eine Million Euro einzusparen. Wir müssen dann über Institutsschließungen sprechen.

Welche Institute wären denn betroffen?

Man kann kein Beispiel nennen, welches Institut geschlossen wird. Die Philosophische Fakultät würde sich erst einmal vehement weigern, weitere Kürzungen zu akzeptieren – bei uns wurde schon die halbe Fakultät geschlossen. Diese Fakultät ist nicht bereit, dass weitere Institute geschlossen werden. Das müsste dann die Rektorin anweisen. Jedes Institut ist an seiner untersten Ausstattungsgrenze. Wir haben in fast allen Instituten maximal drei Professoren, an jeder anderen Universität sind es acht oder zehn. Die Anglistik hat zum Beispiel nur zwei Professoren und vier feste Mitarbeiter – und es ist eines der größten Lehramtsfächer.

Was passiert, wenn die Rektorin entscheidet, welche Institute geschlossen werden?

Dann bricht in dieser Stadt eine Revolution aus. Ich werde persönlich dafür sorgen, dass dann wirklich jeder Student auf die Straße geht und es Ärger gibt. Das Rektorat sollte die Institutsschließungen nicht als die einfachste Maßnahme darstellen. Mir geht es auf den Geist, dass in diesem Land ein neoliberaler Geist herrscht, dass Geisteswissenschaften kein Geld bringen. Wir forschen natürlich nicht für die Industrie, aber dafür sind wir gerade eine Universität. Dann kann man die Universität gleich schließen und eine private Firma daraus machen. Langsam werde ich auch wirklich sauer, weil immer die Philosophische Fakultät als Steinbruch verwendet wird. Ständig ist der Gedanke im Raum, dass man sich von Geisteswissenschaften nichts kaufen und somit Kürzungen vornehmen könne. Bei solchen Gedanken kann man das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern auch ganz schließen und einen Naturpark draus machen.

Interview: Corinna Schlun



Dass die Universität Greifswald in absehbarer Zeit mit einem Haushaltsdefizit zu kämpfen haben wird, war im akademischen Senat schon Ende 2012 im Gespräch.

Bei der Vollversammlung im Juni hat der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) das Thema erstmals einem größeren Publikum vorgestellt. Als einen Ausweg sahen damals viele die Abschaffung des Kooperationsverbots. Dies soll dem Bund ermöglichen, in die Finanzierung der Hochschulen einzusteigen, was eigentlich Ländersache ist. Bundesweit läuft dazu bis heute die Petition „Bildung braucht...“, die von Studierenden aus ganz Deutschland getragen wird. Auch wenn die Kampagne bis zur Bundestagswahl und danach nicht die Aufmerksamkeit erregen konnte, die man sich erhofft hatte, zeigte sich, dass besonders die Greifswalder Studierendenvertreter sehr erfolgreich im Unterschriftensammeln waren: 2 400 Signaturen stammen aus Greifswald und Umgebung. Hätten die Kommilitonen in den anderen Städten ähnlich viel Mühe an den Tag gelegt, hätte dieses Projekt einiges mehr bewegen können.

Abgesehen von einem mäßig besuchten „Protest-Spaziergang“ und Auftritten bei diversen Wahlkampfveranstaltungen passierte im Sommer nicht viel an öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Im Hintergrund, so heißt es, wurden aber fortdauernd Gespräche geführt, die die Vernetzung auf Landesebene zum Ziel hatten. Dabei mahnten die Mühlen der studentischen Bürokratie sehr langsam: Bis nach der Abstimmung zwischen den verschiede-

nen Asten und Vertretern der Landeskonferenz der Studierendenschaften eine Einigung erreicht wurde, dauerte es ein paar Wochen. In das Mobilisierungsvermögen der anderen Studierendenvertreter werden in Greifswald ohnehin nicht allzu große Erwartungen gesteckt. „Entweder reißen wir das oder das ganze Ding geht den Bach runter“, hieß es Anfang September im AStA-Büro, als der Termin für die Anhörung im Landtag endlich feststand. Doch auch bei der Demonstrationsvorbereitung in Greifswald liegen der verfassten Studierendenschaft zwei große Probleme im Weg: Das mangelnde Interesse ihrer Kommilitonen an dem Thema und sie selbst. Studenten sind Gewohnheitstiere und müssen für den Ausbruch aus ihrem Trott behutsam und früh genug vorbereitet werden. Wenn sich zu den jährlichen Wahlen des Studierendenparlamentes (StuPa) nicht einmal ein Fünftel von ihnen aufraffen kann, wird es umso schwieriger, eine vergleichbare Zahl nach Schwerin zu befördern.

Viel bewegt hat sich trotzdem nicht: Obwohl die Planung für die Demo frühzeitig angestoßen wurde, mangelt es zwei Wochen vor dem 5. November noch an vorzeigbaren Ergebnissen. Flyer und Plakate im universitären Alltag sind Fehlanzeige; über die Frage, wer eigentlich für die Anmeldung der Demo zuständig ist, entwickeln sich skurrile Diskussionen. „Das ist ein studentischer Zeitplan“, gibt StuPa-Präsident Milos Rodatos zu. „Dies darf uns aber nicht davon abhalten, dass die Demo ein Erfolg wird.“

Simon Voigt

Fahren Sie mit nach Schwerin?

max hat 22 Greifswalder gefragt – das kam zurück:

Ich unterstütze das Ansinnen sehr. Es ist gut und wichtig, dass sich unsere Studenten einbringen und für eine gute Ausbildung einstehen. Unser Bundesland sollte deutlich mehr in Bildung investieren, denn das ist auf Dauer die einzige Ressource, die wir haben. Darauf können und sollen Studierende und Lehrende immer wieder hinweisen. Ob eine Demonstration dazu das richtige Instrument ist, wäre zu diskutieren. Ich persönlich sehe mehr Sinn darin, sich in Parteien und Verbänden einzubringen, um von innen heraus und kontinuierlich die zentralen Fragen der Bildung anzusprechen und die Bildungsfinanzierung gegenüber anderen Prioritäten zu verteidigen. Ich werde deshalb voraussichtlich nicht selbst zur Demonstration gehen, wohl aber in meiner Vortragstätigkeit die zentrale Bedeutung der Bildung unterstreichen.

Professor Steffen Fleßa, Prodekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

Es ist doch keine Frage, dass ich Aktivitäten zur Sicherung der Finanzierung der Universität unterstütze! Das grundsätzliche Problem besteht darin, dass die Grundlage der Universitätsfinanzen im Lande auf einer 15 Jahre alten Festlegung beruht. Damals wurde für die Größe des Personalbudgets der Ist-Zustand eines Zeitpunktes genommen, an dem Greifswald zufällig besonders viele offene, unbesetzte Stellen hatte. Dies wurde dann in den Zielvereinbarungen immer nur fortgeschrieben, eine Anpassung an den vereinbarten Stellenplan, der auch Bestandteil der Zielvereinbarung ist, fand nie statt. Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung den Erfolg der Hochschulen des Landes angemessen würdigt. Im Lichte der Diskussion um den Mindestlohn ist es unverständlich, wenn im Zuge der Unterfinanzierung Stellen nicht mehr besetzt werden können. Das zu erwartende Defizit für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät beträgt immerhin rund 20(!) Wissenschaftler-Stellen.

Professor Klaus Fesser, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät

Als Kanzler bin ich gemäß Landeshochschulgesetz Beauftragter für den Haushalt der Universität Greifswald. In dieser Funktion mache ich mir große Sorgen hinsichtlich des drohenden strukturellen Defizits und werde diese Sorge gemeinsam mit der Rektorin am 05. November 2013 vor dem Haushaltsausschuss des Landtags zum Ausdruck bringen und begründen. Ich begrüße das Vorhaben der Studierendenschaft, die Hochschulleitung im Bemühen um zusätzliche Mittel im Doppelhaushalt 2014/15 zu unterstützen.

Doktor Wolfgang Flieger, Kanzler der Universität Greifswald

Die Demonstration der Studierenden in Schwerin unterstützte ich mit allem Nachdruck. Wir werden am 5. November in Schwerin für unser gemeinsames Anliegen eintreten: Die Universität Greifswald (und die anderen Hochschulen des Landes) so mit Mitteln auszustatten, dass wir unsere Aufgaben in Lehre und Forschung erfüllen können und im Wettbewerb mit den anderen Universitäten in Deutschland bestehen. Ohne Erhöhung der Zuweisungen des Landes können wir unsere Stellen nicht ausfinanzieren und werden Stellen vakant halten müssen. Es wird massive Einbußen in der Forschung und in der Lehre geben, mit allen negativen Folgen für den Studien- und Forschungsstandort Greifswald und den dramatischen persönlichen Folgen für die betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die häufig am Anfang ihrer wissenschaftlichen Karriere stehen.

Bei der Anhörung im Finanzausschuss des Landtages am 5. November werde ich die Unterfinanzierung der Universität Greifswald und ihre Folgen aufzeigen und gemeinsam mit den anderen Rektoren, den Dekanen der Universitätsmedizin Greifswald und Rostock sowie den AstA-Vorsitzenden für eine auskömmliche Grundfinanzierung kämpfen.

Das ganze Dekanat begrüßt es sehr, dass die Studierenden sich vehement mit all ihrer Zeit und ihrem Engagement dafür einsetzen, dass die Politik ihrer Verpflichtung und Verantwortung nachkommt, die Landeshochschulen so zu finanzieren, wie es zwischen den beiden Partnern juristisch vereinbart worden ist. Da kann es bei einer seriösen Politik einfach nicht sein, dass einer Tarifierhöhung im Öffentlichen Dienst zugestimmt wird und dann die daraus resultierende nun fehlende Million Euro der Philosophischen Fakultät für Personalmittel nicht ausbezahlt wird. Das Dekanat ist ebenfalls durch juristische Verträge gebunden und kann keine Sofortentlassungen durchführen. Das hat insofern alles nichts mehr mit politischer Verantwortung zu tun und so etwas kannte ich bislang nur aus anderen Ländern. Auf welchem Niveau ist Mecklenburg-Vorpommern durch politische Fehlentscheidungen und falsche Regierungen der Nachwendzeit inzwischen angelangt?

Selbstverständlich werde ich auch mit vollem Engagement als Bürger und Wähler unseres Staates

in Schwerin dabei sein, denn ansonsten muss ich Stellensperrungen und von oben angeordnete Institutsschließungen umsetzen. Es würde hinterher keiner verstehen, warum ich nicht mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln auf diese drohenden Katastrophen – auch durch öffentliche Aktionen – aufmerksam gemacht habe. Extrem wichtig ist es mir, mit allem Nachdruck zu betonen, wie erstklassig und vorbildlich ich das Engagement unserer Studierenden finde, die genau wissen, dass es hier nicht nur um ihre persönliche Zukunft, sondern auch um die Zukunft und Ausbildung wie Bildung der kommenden Generationen dieses Landes und somit um die Sicherung unseres Friedens und Wohlstandes geht.

Wenn ich andere unglaubliche politische Geldverrichtungen in den letzten Jahren betrachte, habe ich für diese konkreten aktuellen Entwicklungen nicht das allgeringste Verständnis und kann nicht ansatzweise verstehen, was in den Köpfen der gewählten Volksvertreter in Schwerin, die momentan die Regierung bilden, vor sich geht.

Demoroute

- 1 – Hauptbahnhof Schwerin
- 2 – Fridericanum
- 3 – Staatskanzlei
- 4 – Schweriner Schloss

KARTE: OPENSTREETMAP

